



# Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der Union Internationale des  
Syndikats des Police

**Landesbezirk Saarland**

[gdp-saarland@gdp-online.de](mailto:gdp-saarland@gdp-online.de) \* [www.gdp-saar.de](http://www.gdp-saar.de)

Fon: (0681) 811498 \* Fax: (0681) 815231

## Infodienst

Saarbrücken, 17. März 2003

## Doch Sonderopfer für Saar-Beamte!?

**Urlaubs- und Weihnachtsgeld kann komplett gestrichen werden!**

Am vergangenen Freitag hat der Bundesrat einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der eine Öffnungsklausel vorsieht, mit deren Hilfe die Länder Urlaubs- und Weihnachtsgeld für ihre Beamten und Versorgungsempfänger bis auf Null reduzieren - also streichen - können. Der Bundesrat hat die Steilvorlage des „Deutschen Beamtenbundes“, das Urlaubsgeld zu streichen und das Weihnachtsgeld auf 70% zu reduzieren, aufgenommen und erweitert: die Länder sollen beides komplett streichen können. Die vom Beamtenbund losgetretene Lawine scheint nicht mehr zu stoppen zu sein.

Der Beschluss des Bundesrates im Einzelnen:

### I. Weihnachtsgeld

- a) *Der bundesgesetzlich festgelegte Bemessungsfaktor kann per Landesrecht festgesetzt werden; eine Abweichung nach oben darf nicht mehr als 100 v.H. des Grundbetrages der Sonderzuwendung ausmachen.*
- b) *Die Zahlungsweise kann im Landesgesetz festgesetzt werden.*
- c) *Per Landesrecht kann bestimmt werden, dass die Sonderzuwendung ruhegehaltstfähig ist.*
- d) *Im Landesgesetz kann festgelegt werden, dass die Sonderzuwendung dynamisiert ist.*

### II. Urlaubsgeld

Die Höhe des Urlaubsgeldes kann per Landesrecht nach unten hin festgesetzt werden.

**Im Klartext:** Urlaubs- und Weihnachtsgeld stehen, wenn der Gesetzentwurf Realität wird, in der Dispositionsfreiheit der jeweiligen Landesregierungen. Darüber hinaus kann auch entschieden werden, dass die Ruhegehaltstfähigkeit entfällt!

Trotz unserer vielen machtvollen Demonstrationen in Saarbrücken, Mainz, Berlin und in vielen anderen Städten, bei denen wir unseren Unmut gegen die geplanten Streichorgien bei den Beamten kundgetan haben, interessiert dies die Politiker anscheinend überhaupt nicht. Auch die persönlichen Briefe und Gespräche an alle und mit allen saarländischen Bundestags- und Landtagsabgeordneten, Ministern und

auch dem Ministerpräsidenten sind augenscheinlich wirkungslos verpufft, obwohl diese anfänglich erklärten, dass es eine solche einschneidende Maßnahme im Saarland nicht geben werde (siehe Artikel in der aktuellen Ausgabe von Deutsche Polizei).

Ministerpräsident Peter Müller hatte immer wieder verkündet, dass er keine Sonderopfer für Saar-Beamte wolle. Dennoch ist jetzt festzustellen, dass das Saarland, gemeinsam mit Bayern, Berlin und Sachsen, eben diesen Gesetzentwurf am vergangenen Freitag in den Bundesrat eingebracht hat.

In einem Spitzengespräch mit Hugo Müller und den anderen Vorsitzenden der ÖD-Gewerkschaften des DGB-Saar am 18. Februar 2003 interpretierte Ministerpräsident Müller seine Aussagen in Punkto „keine Sonderopfer“: Spätestens ab 2005 will er eine stärkere Regionalisierung bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst erreichen und dazu notfalls aus der Tarifgemeinschaft aussteigen. Über die jetzt angegangene Öffnungsklausel sollen wohl günstige Voraussetzungen für das Beschneiden der sozialen und/oder finanziellen Standards bei den Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes geschaffen werden. Der logische Kreis wird danach mit der Umsetzung der tariflichen Verschlechterungen im Beamtenbereich geschlossen. So also ist die Botschaft „Keine Sonderopfer für Beamte“ zu verstehen.

Die GdP stellt sich gegen die geplanten Streichungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld!

Der zeitliche Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens wird sich wohl mindestens bis Mitte Juli dieses Jahres hinziehen. Es bleibt also noch Zeit, massiv auf die verantwortlichen Politiker in Bund und Land einzuwirken.

Mit welchen konkreten Mitteln und Maßnahmen wir das laufende Gesetzgebungsverfahren begleiten werden, wird bei einer Landesvorstandsklausur am 27. und 28. März 2003 festgelegt. Dort wollen wir also definieren, wie sich der von der GdP initiierte „Aufstand der Ordnungshüter“ weiter darstellen soll.

Wir werden euch natürlich auf dem Laufenden halten und rechnen mit eurer Unterstützung. Denn:

**Wer kämpft, kann verlieren, wer  
nicht kämpft, der hat schon verloren.  
GdP – gut, dass es sie gibt!**

Der Landesvorstand